

Fessenheim

20 000 Tonnen radioaktive Abfälle bei AKW-Abbruch



Das Atomkraftwerk Fessenheim steht am Ufer des Rheinseitenkanals. Der Bau einer Anlage zur Verarbeitung leicht radioaktiven Schrotts des grenznah gelegenen Meilers sorgt für Unmut auf der deutschen Seite. Foto DPA/Philipp von Ditzfurth

Das elsässische Atomkraftwerk Fessenheim ist schon seit Jahren stillgelegt. Vor der geplanten Demontage werden nun auf französischer und auf deutscher Seite Bürgerinnen und Bürger eingebunden.

Bei der Demontage des Atomkraftwerks Fessenheim müssen gut 20000 Tonnen radioaktive Abfälle entsorgt werden. Das macht einen Anteil von rund fünf Prozent des gesamten Materials von 405 000 Tonnen aus, wie aus amtlichen Unterlagen für den Abbau hervorgeht. Bürgerinnen und Bürger können die Do-

kumente in Freiburg und zwei weiteren Orten Südbadens bis zum 30. April einsehen und kommentieren, wie das Stuttgarter Umweltministerium am Montag vergangener Woche mitteilte. Auf französischer Seite ist das Dossier online und in den Mairien von Fessenheim, Balgau, Blodelsheim, Heiteren, Namsheim, Roggenhouse, Rumersheim-le-Haut und Rustenhart einzusehen.

Der größere Teil der radioaktiven Abfälle sei sehr schwach belastet, berichtete das badenwürttembergische Ministerium. Die radioaktiven Abfälle sollen im ostfranzösischen Bu-

re gelagert werden.

Das Atomkraftwerk Fessenheim unweit der Grenze zu Deutschland wurde 2020 nach 42 Betriebsjahren stillgelegt. Die Brennelemente wurden inzwischen entfernt. An der alten Anlage hatte es wegen befürchteter Sicherheitsrisiken jahrelang Kritik aus Deutschland gegeben.

Der sogenannte Rückbau soll nach früheren Angaben voraussichtlich 2026 beginnen. Dafür ist noch ein Stilllegungsdekret der Pariser Regierung nötig. «Die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebrachte Einwendungen von

Bürgerinnen und Bürgern wie auch die Stellungnahmen von Behörden werden in dem Verfahren berücksichtigt», teilte das Stuttgarter Ministerium mit. Auch das Land Baden-Württemberg wolle sich äußern.

«Technocentre» soll 2031 in Betrieb genommen werden

Aus den Unterlagen geht hervor, dass der Stromkonzern EDF seine Pläne für eine Verwertungsanlage für schwach radioaktiv belasteten Schrott in Fessenheim weiter vorantreibt. EDF will die Verwertungsanlage («Technocentre») auf einem bisher ungenutzten Areal 2031 in Betrieb nehmen. Bei dem Projekt ist den Angaben zufolge auch das französische Atomunternehmen Orano im Boot.

Das Technocentre wird auf beiden Seiten des Rheins von Umweltschützern kritisiert, denn sie befürchten Radioaktivität in wiederverwerteten Metallen. Der Schrott soll aus Atomanlagen kommen.

Frankreich setzt im Gegensatz zu Deutschland auf die Atomkraft – und will damit auch Klimaschutzziele erreichen. (dpa)

In Freiburg Hartheim und Neuenburg

► Einsicht in Unterlagen und Möglichkeit zur Kommentierung

Die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren zur Stilllegung und Abbau des französischen Kernkraftwerks Fessenheim können auch deutsche Bürgerinnen und Bürger vom 25. März bis 30. April 2024 im Rahmen der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung einsehen und kommentieren. Zu den verfügbaren Unterlagen gehören insbesondere die Umweltverträglichkeitsstudie, die sich mit den möglichen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf den Menschen, auf Tiere, Pflanzen, Boden, Luft und Wasser befasst sowie eine Bewertung durch die französische Umweltbehörde «Autorité Environnementale». Die Beschreibung des Verfahrens und die nicht-technische Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsstudie liegen auch in deutscher Sprache vor.

► Unterlagen in Papierform und online verfügbar

Die Unterlagen können in Papierform im Regierungspräsidium Freiburg sowie in den Gemeinden Hartheim und Neuenburg eingesehen werden. Des Weiteren sind sie online über die Bekanntmachungen auf der Internetseite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zugänglich und im Portal Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) der Länder verfügbar. Auf diesen Seiten finden sich auch weitere Informationen zum Thema.

Bürger können ihre Stellungnahmen oder Einwendungen in deutscher Sprache direkt bei den für das Verfahren zuständigen französischen Behörden vorbringen.

Fessenheim : enquête publique ouverte

Depuis lundi 25 mars et jusqu'au 30 avril à minuit, la population est invitée à participer à l'enquête publique sur la demande d'autorisation de démantèlement de la centrale nucléaire de Fessenheim, définitivement arrêtée depuis juin 2020.

Cette étape de la procédure réglementaire permet d'abord l'information du public. Un dossier est consultable sur internet et dans les

mairies de Fessenheim, Balgau, Blodelsheim, Heiteren, Namsheim, Roggenhouse, Rumersheim-le-Haut, Rustenhart, Freiburg, Hartheim et Neuenburg.

Toute personne qui le souhaite peut déposer une contribution sur internet ou dans les registres ouverts à cet effet. Elle peut aussi dialoguer avec le commissaire enquêteur en cours de ses permanences en mairie.

L'intérêt des tiers sera pris en compte « lors de l'élaboration des décisions susceptibles d'affecter l'environnement ».

Après rapport de la commission d'enquête, le préfet du Haut-Rhin communiquera son propre avis au ministère, qui pourra alors prendre un décret de démantèlement. Sa publication est attendue début 2026. Les opérations de démantèlement sont prévues sur une quinzaine d'années.